Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14. II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Dr. Zwingerstraße 14 Tel. 1769 Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 176. | Dresden, Mittwoch den 2. August 1911. | 22. Jahrg.

Die „rote Stichwahlparole" der Konservativen.

Nun ist auch der letzte abseits Stehende unter den Konservativen auf die sogenannte „rote Stichwahlparole" eingeschwenkt. Mit Befriedigung stellt die Kreuzzeitung fest, daß der Reichsbote jetzt schreibt:

Also, wir meinen, der alte Soldat wird bei der Hauptwahl sich kaum zu einem Fortschrittsmann bekennen können; eingedenk seines Fahneneides wird er sich sagen müssen, daß er durch die Wahl eines Fortschrittsmannes indirekt der Sozialdemokratie in die Hände arbeitet, und das ist mit der gelobten Treue tatsächlich nicht vereinbar.

Wozu die Kreuzzeitung dann höchst befriedigt bemerkt:

Daß man auch in der Stichwahl „durch die Wahl eines Fortschrittsmannes der Sozialdemokratie indirekt in die Hände arbeitet", wird der Reichsbote nun wohl nicht mehr bestreiten.

Die Konservativen sind also, wie es scheint, jetzt vollständig unter sich einig, bei einer Stichwahl zwischen Fortschrittler und Sozialdemokraten dem ersteren ihre Hilfe zu verlagen. Sie wollen zwar nicht direkt für den Sozialdemokraten eintreten, sie wollen aber auch andrerseits einen Sieg des Sozialdemokraten über den Fortschrittler nicht durch ihr Eintreten in die Stichwahl verhindern. Bringen sie diese Absicht wirklich zur Durchführung, so muß der Sozialdemokrat überall siegen, wo er die relative Mehrheit errungen hat und der Fortschrittler als Zweiter zu stehen kommt. Z. B. würde der Schlußbezirk von Berlin, der erste Wahlkreis, auf diese Weise der Sozialdemokratie sicher zufallen. Da dort eine demokratische Sonderkandidatur aufgestellt ist, wird der Sozialdemokrat zweifellos die größte Stimmenzahl aufbringen, wie das ja schon im Jahre 1903 der Fall gewesen ist. Damals erhielt der Sozialdemokrat in Berlin I 5315 Stimmen, der Freisinnige 4326, der Konservative 2923. In der Stichwahl siegte dann der freisinnige Herr Kaempf über den Genossen Dr. Arons mit 6607 gegen 6233 Stimmen. Schon damals sind die Konservativen nicht vollzählig für den Freisinnigen eingetreten, sonst hätte dieser statt nur 6607 Stimmen 7233 erhalten müssen. Mehr als ein Drittel der konservativen Wähler von Berlin I hat also schon vor acht Jahren die „rote Stichwahlparole" vorausgeahnt und vorweggenommen. Bleiben die Konservativen diesmal vollzählig Gewehr bei Fuß stehen, dann weht bestimmt im Januar 1912 über dem Wahlkreis des königlichen Schlosses zum erstenmal die rote Fahne.

Dann werden es genau fünf Jahre sein, seit dort zu mitternächtlicher Stunde vom hohen Schloßfenster herab die bekannte Rede gehalten wurde:

Nach dem Worte unseres Kanzlers können Sie retten, und Sie werden niederreiten, was mir entgegensteht, zumal wenn alle Bünde und Konfessionen fest und einmütig zusammenhalten. Lassen Sie diese Feierstunde nicht als eine vorübergehende Welle politischer Begeisterung verrauschen, sondern bleiben Sie fest bei der eingeschlagenen Bahn. Ich schließe mit dem Dichterwort unseres großen Kleist aus seinem Prinzen von Homburg, wo der alte Kottwitz zum Großen Kurfürsten sagt: Was kümmert Dich die Kugel, nach der der Feind sich schlägt, wenn er nur geschlagen wird. Die Kunst jetzt lernen wir, ihn zu besiegen, und sind voll Lust, sie fürder noch zu üben.

Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um voraus zu sagen, daß Wilhelm II. eine Gelegenheit zu einer ähnlichen Rede diesmal nicht finden wird. Die Schloßfenster werden diesmal geschlossen bleiben, aber der Ruf wird ins Land hinausgehen: Berlin I rot!

Aehnlich wie in Berlin I müßte es aber auch in zahlreichen anderen Kreisen kommen, in denen der Fortschritt bisher mit konservativer Hilfe gesiegt hat. In andern Kreisen, in denen sich der Endkampf bisher zwischen Konservativen und Fortschrittlern abgespielt hat, besteht die Aussicht für die Sozialdemokratie, den Konservativen zu verdrängen, wieder in andern Kreisen dürfte der Konservative dank der Tätigkeit des Hansabundes vom Fortschrittler aus der Stichwahl verdrängt werden, der dann, wenn er nicht einen starken Vorsprung vor der Sozialdemokratie hat, wenig Aussicht haben wird, gewählt zu werden. Im Jahre 1903, das viel besser als Muster dienen kann, als das gänzlich unnormale Wahljahr 1907 gewannen die Freisinnigen in der Hauptwahl kein einziges Mandat, in der Stichwahl eroberten sie 36, davon 12 außer Berlin I mit Hilfe der Konservativen und der andern schwarzblauen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Es waren dies die Mandate der folgenden Kreise:

Löwenberg (gew. Kopsch), Liegnitz (Pohl), Jauer-Landeshut (Hennes), Hirschberg (Ablaß), Nordhausen (Wiemer), Dithmarschen-Steinburg (Hoch), Hagen (Eugen Richter), Eschwege-Schmalkalden (Setzhart), Kaiserslautern (Sartorius), Erlangen-Fürth (Barbeck), Parchim-Ludwigslust (Pachnicke), Straßburg i. E. (Riff).

Bleibt es bei der „roten Stichwahlparole" der Junker, die naturgemäß auch von Reichsparteilern, Christlichsozialen und Zentrumsleuten befolgt werden würde, dann verschlechtern sich, wie man sieht, die Wahlaussichten der Fortschrittler ganz außerordentlich, und die Aussichten der Sozialdemokratie steigen hingegen sehr bedeutend.

Indes, von den Tagen der Entscheidung trennen uns noch fünf Monate, und bis dahin kann sich so manches ändern. Der Zweck, den die Junker mit der sogenannten „roten Wahlparole" verfolgen, ist ja auch ganz offensichtlich. Sie wollen die Fortschrittler einschüchtern, und durch die Drohung mit dem Durchfall ihre Stichwahlhilfe erpressen. Man muß immerhin mit der Möglichkeit rechnen, daß dieser Erpressungsversuch Erfolg haben wird, denn für derartige Experimente sind schwächliche Naturen wie die Fortschrittler immer ein sehr geeignetes Objekt.

Allerdings könnte es passieren, daß die Fortschrittler dann zwischen zwei Stühlen zu sitzen kämen. Dann würden sie den Versuchungen der Junker unterliegen und noch in den letzten Monaten vor der Wahl eine taktische Schwenkung im Sinne der antisozialdemokratischen Sammelpolitik vollziehen. Dann würden ihnen nicht nur ihre eigenen Wähler in Scharen untreu werden, sondern auch die Wähler der Sozialdemokratie würden sich nur schwer dazu verstehen, bei einer Stichwahl zwischen Freisinnigen und Konservativen dem Fortschrittler zur Seite zu treten. Die besten Aussichten der Liberalen, soweit von guten Aussichten für diese schwankend gesinnten Politiker überhaupt die Rede sein kann, liegen im östlichen Neuland, in dem heute noch das Junkertum fast unbestritten herrscht. Durch eine Erneuerung der Bülowblockpolitik würden sie sich auch diese Aussichten verscherzen, und das sind vielleicht die letzten!

•

Eickhoffs Sommerfestparole.

Professor Eickhoff hat sich in seinem Wahlkreis auf dem Sommerfest des liberalen Vereins Remscheid-Südwest ausführlich über die politische Lage ausgesprochen. In bezug auf die innere Politik erklärte Eickhoff, daß die Liberalen gezwungen seien, den Kampf nach zwei Fronten zu führen:

Der Liberalismus muß sich vor dem schweren Fehler hüten, auch nur den Schein auf sich zu laden, als wolle er mit der Sozialdemokratie paktieren, mit der Partei des reinen Klassenkampfes, mit der Partei, die auch soeben wieder in der marokkanischen Frage bewiesen hat, wie wenig sie sich von nationalen Gesinnungen leiten läßt, mit der Partei endlich, die sich immer und immer rühmt, die Todfeindin des liberalen Bürgertums zu sein. Eine solche Politik würde, wenn sie wirklich die Oberhand bei uns gewönne, für den Liberalismus geradezu verderblich sein. Daß eine solche Politik hier bei uns jemals von Einfluß sein könnte, das ist völlig ausgeschlossen; das ist aber deshalb ausgeschlossen, weil sie nichts anderes als den reinen Selbstmord bedeutete.

Professor Eickhoff ist in Lennep-Mettmann in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten gewählt worden. Seine Parole entspricht also gewissermaßen einem persönlichen Bedürfnis. Was dieser freisinnige Mann im übrigen als „reinen Selbstmord" anzusehen beliebt, ist Sache seiner politischen Intelligenz; denn man sollte meinen, daß es schon mehr eine Selbststrangulation ist, wenn ein angeblich Linksliberaler auch nicht den Schein eines Paktierens mit der Sozialdemokratie auf sich zu laden wagt.

Zur Lage in Portugal.

Seitdem die Portugiesen ihr „angestammtes" Herrscherhaus zum Tempel hinausgejagt und eine Republik an Stelle des bisherigen Königreichs gesetzt haben, wüten die Klerikalen gegen das neue Regiment. Sie befürchten mit Recht, daß mit der auch in Portugal vorgesehenen Trennung von Staat und Kirche ihr Einfluß in diesem Lande ebenso flöten geht wie schon in Frankreich, Spanien und Italien. In der Germania, der Kölnischen Volkszeitung und anderen Zentrumsorganen konnte man in der letzten Zeit fortwährend Artikel lesen, in denen von der neuen Regierung als von einer Bande von Räubern gesprochen und in denen die Lage in Portugal in einer Weise geschildert wurde, daß man zum mindesten annehmen mußte, es gehe dort alles drunter und drüber. Die monarchische Verschwörung war das A und O dieser Leute für „Wahrheit und Freiheit", um zu erreichen, daß man in Europa mißtrauisch würde und die neue Republik nicht anerkennen solle.

Wie unwahr alle diese Meldungen gewesen sind, geht aus einem Schreiben hervor, das ein in Lissabon ansässiger deutscher Großkaufmann an ein ihm befreundetes Haus in Deutschland geschrieben hat und das in der Frankfurter Zeitung veröffentlicht wird. Es heißt in dem Briefe:

„Es liegt nicht das geringste vor, was die in deutschen und anderen auswärtigen Zeitungen verbreiteten Gerüchte über ernste Unruhen rechtfertigen könnte. Sie ersehen ja auch aus dem Stande unseres Agios, daß die Lage nicht gefährdet ist. Die voraussichtlich brillante Weizenernte übt dabei natürlich auch ihren Einfluß aus, denn es macht für unser Ländchen sehr viel aus, ob wir unseren Bedarf an Brotgetreide zu einem Drittel oder mehr von auswärts (meist von Amerika) beziehen müssen oder aus dem Ertrag von unserem eigenen Grund und Boden decken können. Der deutsche Gesandte hat sich, wie ich aus ganz zuverlässiger Quelle weiß, vor einigen Tagen in ähnlich günstigem Sinne ausgesprochen; er finde, daß die Regierung sich die größte Mühe gebe, allen billigen Anforderungen gerecht zu werden und Pünktlichkeit und Ordnung in allen Verwaltungszweigen einzuführen. Die Schwierigkeiten, die aus dem Gesetz der Trennung von Staat und Kirche erwuchsen und einen Konflikt mit Deutschland befürchten ließen, sind durch das Entgegenkommen der hiesigen Regierung behoben worden."

Zum Schlusse meint der Briefschreiber dann ganz richtig, es wäre überhaupt sehr erwünscht, wenn die junge Republik weder von der deutschen Regierung noch von der deutschen Presse schlecht behandelt würde, sonst hätten in erster Linie die deutschen Kaufleute und Industriellen die Sache auszubaden.

Demselben Blatte wird dann noch ein Privatbericht zur Verfügung gestellt, den ein Bankhaus in Lissabon an einen Bankier in Deutschland geschrieben hat und in dem es heißt:

„Die Lage ist etwas bewegt gewesen wegen der mehr klerikalen als monarchistischen Manöver und wegen der verdächtigen Haltung der Behörden der spanischen Grenzbezirke, aber seit die spanische Regierung die Waffen, die durch das deutsche Schiff Gemma den Verschwörern zugeführt werden sollten, beschlagnahmt hat und die Verschwörer an der Grenze aufgefordert worden sind, ihren Wohnort zu wechseln, ist jede Besorgnis vor einem bewaffneten Einfall verschwunden. Die von der Jesuiten geführten Klerikalen fahren jedoch fort, beunruhigende Gerüchte zu verbreiten, und schädigen so den regelmäßigen Gang der Geschäfte. Wenn einmal die Verfassung genehmigt, der definitive Präsident der Republik gewählt und die Anerkennung des neuen Regimes durch die Mächte erfolgt ist, dann wird die Regierung, wie ich glaube, mit viel mehr Ruhe an den Reformen arbeiten und die Republik wird schließlich über alle klerikalen Manöver triumphieren."

Natürlich wird die Zentrumspresse dieses Schreiben nicht gelten lassen und wird sagen — wie es ja ihre blauen Blockgenossen in der Deutschen Tageszeitung mit Vorliebe tun —, daß jüdische Elemente hinter diesen Briefen steckten, die ein Interesse daran hätten, daß die Macht des Klerus vermindert werde.

Doch sei dem, wie es wolle. Die Berichterstattung über die Vorgänge in Portugal in der Zentrumspresse zeigt uns, wie diese Leute zu schwindeln verstehen, wenn ihre Interessen bedroht sind, wenn die „alleinseligmachende Kirche" in Gefahr kommt, ihren Einfluß zu verlieren.

Portugal hat gut daran getan, bei der Gründung der Republik auch dem größten Hemmer der das Land umfangte, der Kirche, das Handwerk zu legen. Wenn darüber heute die „unkonfessionale" Zentrumspresse Tränen vergißt, kann man ihr den Schmerz nachfühlen, aber freuen wird sich jeder aufrichtige Menschenfreund.

Die Marokkoaffäre.

Das noch immer anhaltende Schweigen der Diplomaten in Frankreich und Deutschland läßt die deutschen Kolonialfreunde nervös werden. Das von der französischen Presse ausgestreute Gerücht, wonach die deutsche Kolonie Togo an Frankreich abgetreten werden soll, hat die Deutsche Kolonialgesellschaft auf den Plan gerufen, um eine Protestkundgebung dagegen zu veranstalten, daß die „beste deutsche Kolonie" an Frankreich fällt. Gleichzeitig damit wird aber gefordert, daß Deutschland an einer Aufteilung Marokkos direkt beteiligt ist und die deutsche Regierung nicht Kompensationen eingeht, die außerhalb Marokkos liegen.

Von den Verhandlungen ist weiter nichts zu berichten. Sie gehen ihren Lauf, die Oeffentlichkeit erfährt immer noch nichts und darum geht das Raten — was werden wird — in der bürgerlichen Presse lustig weiter!

•

Marokko, das Land, da Milch und Honig fließt.

Der Anschauungsunterricht, den der Abgeordnete Dr. Arning bei seiner Teilnahme an der Mannesmann-Expedition durch einen Teil von Marokko empfangen hat, hat schon Früchte gezeitigt. In den Mitteilungen der Deutschen Kolonialgesellschaft veröffentlicht Herr Abgeordneter Dr. Arning eine geradezu enthusiastische Schilderung von Marokko, und bei den engen Beziehungen, die maßgebende Stellen der Kolonialgesellschaft zu hohen Kreisen unterhalten, ist der Zweck der Veröffentlichung gerade in diesem Blatt deutlich erkennbar. Wir entnehmen der Schilderung die folgenden Stellen:

„Marokko hat zwar eine ganz außerordentlich ausgedehnte Viehzucht — Rinder, Wollschafe, Ziegen, Kamele, Pferde —, aber daneben, oder man kann fast sagen in der Hauptsache, ist es ein ausgesprochenes Land des Ackerbaues. Ausgebeutet seit mindestens zwei Jahrtausenden, nie gedüngt, noch heute in der allerursprünglichsten Weise bearbeitet, gibt das Land Ernten, die erstaunlich sind. Weizen und Gerste sind die vorzugsweise gebauten Kornfrüchte. Unabsehbar sind vielerorten die Maisfelder. Hie und da findet man Hirse. Apfel und Birne sind vorhanden, Feige und Mandel gedeihen prachtvoll. Neben der Dattelpalme mächtige Olivenwälder; neben Saubohnenfeldern blühende Orangen und Zitronen. Die Kartoffel, dort erst eingeführt, gedeiht wie in Malta und Teneriffa. Tiefdunkelgrünes Laub üppiger Weingärten wechselt mit Melonen. Fast nichts verweigert dieser Boden der bearbeitenden Hand. Ohne Ende schwanken die Reihen der Kamele durchs Land, hochbepackt mit Getreide, Schafwolle und Fellen. Fast nichts versagte eine gütige Natur diesem Lande. Nicht umsonst suchte Homer hier die goldenen Aepfel der Hesperiden. Was könnte dieses Marokko hervorzaubern aus seinem Boden, wenn hier an dem Eingangstore zu Europas alternder Pracht unter einer geordneten Regierung kräftige Arme in zielbewußter Arbeit schaffen würden. — Wer hier die Herrschaft üben wird, wessen Stammesgenossen in diesem Lande sitzen, um hier die Schätze der Bodenkraft zu heben, ihm ist ein Teil von Europas Zukunft in die Hand gegeben. Um so mehr, wenn schwellende Volkskraft daheim ihm gestattet, Hunderttausenden von Kindern seines Landes hier als neuen kräftig emporstrebenden Ableger bei der eigenen Flagge zu bewahren nahe der alten Heimat, und bereit, für sie wie für die neu erworbene im Krieg und Frieden die Arme zu rühren."

Selbst wenn man unterstellen wollte, daß Herr Dr. Arning nicht durch eine gefärbte Brille gesehen hat, dann kann

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110802/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG